

Nachrichten

Mitgliederzeitung der FDP. Die Liberalen für die Bezirke Winterthur und Andelfingen

Ausgabe 2/2021

Unsere Stadtratskandidaten Stefan Fritschi & Romana Heuberger im Interview

Das Interview führte Severin Hosang, Geschäftsführer & Wahlkampfleiter FDP Winterthur



Unsere Stadtratskandidaten wollen in der Regierung Verantwortung für Winterthur übernehmen. Stefan Fritschi und Romana Heuberger über Werte, Prioritäten und Liberalismus.

Warum willst du für Winterthur Verantwortung im Stadtrat übernehmen?

Stefan Fritschi (SF): Ich wohne und arbeite gerne in Winterthur. Ich engagiere mich daher mit Freude für diese schöne Stadt und hoffe, dass ich dabei meine Fähigkeiten und Erfahrungen einbringen kann.

Romana Heuberger (RH): Winterthur liegt mir am Herzen. Ich engagiere mich bereits heute für eine attraktive Stadt für alle Winterthurerinnen und Winterthurer. Wichtig sind mir dabei vielseitige urbane Lebensräume für Familien, mehr Jobs dank innovativen Firmen und ressourcenschonender Fortschritt. Mit meiner beruflichen und politischen Erfahrung möchte ich voller Begeisterung die Zukunft der Stadt Winterthur mitgestalten, auf dem Fundament von Freiheit und Eigenverantwortung.

Welches sind deine drei wichtigsten Eigenschaften, die dich für die Arbeit im Stadtrat qualifizieren?

SF: Analytische Fähigkeiten, interessierter Zuhörer und Teamplayer.

RH: Umsetzungsstark, führungserfahren und innovativ.

Ihr beide werdet das #TeamFDP im Wahlkampf 2022 anführen. Was sind die wichtigsten Eigenschaften des jeweils anderen?

SF: Romana ist kommunikationsfähig, engagiert und belastbar.

RH: lösungsorientiert, teamfähig, humorvoll.

Welche Werte sind dir wichtig?

SF: Ein Zitat von Adolf Ogi lautet „Man muss Menschen mögen“. Dieser Leitsatz steht für mich ganz zuoberst. Im täglichen Handeln steht für mich immer der Mensch im Zentrum. Auch für die Führung eines Departementes ist es für mich zwingend, dass man Menschen mag.

RH: Mein Leben basiert auf christlichen Grundwerten und Liberalismus. In meiner politischen Arbeit strebe ich nach grösstmöglicher Freiheit für die Bevölkerung und die Unternehmen. Mir ist wichtig, dass die Stadt private Initiativen ermöglicht, unterstützt und fördert. Ich trage Verantwortung - auch für die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft und für die Umwelt - indem ich mich persönlich in Projekten und Vorständen engagiere.

Verantwortung übernehmen heisst Lösungen finden und umsetzen. Welche Prioritäten würdest du in deiner Arbeit im Stadtrat setzen?

SF: Ich hoffe, dass ich in den vergangenen drei Legislaturen zeigen konnte, dass ich zusammen mit der Verwaltung immer wieder Lösungen fand, die auch mehrheitsfähig sind. Das ist nicht immer einfach, weil die finanziellen Mittel beschränkt sind und weil auch nicht alle Wünsche der Bevölkerung erfüllt werden können. Bezahlbare, ökologische Lösungen haben daher für mich oberste Priorität.

RH: Die grosse Herausforderung der Zukunft liegt darin, personelle, finanzielle und natürliche Ressourcen effizient und effektiv einzusetzen – sprich im ressourcenschonenden Fortschritt. Hier sehe ich deutliches Verbesserungspotential. Wir müssen wieder vermehrt darüber diskutieren, welche Aufgaben dem Staat obliegen und wie wir diese Aufgaben umsetzen. Bei dem grossen Investitionsvolumen, das derzeit ansteht, müssen wir uns Gedanken

über die (Aus-)Baustandards in unserer Stadt und die Planungs- und Realisierungsprozesse machen. Die verwaltungsinternen Abläufe und Führungsinstrumente möchte ich prüfen, entschlacken und fit für die Zukunft gestalten.

Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Eidgenössische Vorlagen

Pestizidverbotsinitiative	Nein
Trinkwasserinitiative	Nein
CO ₂ -Gesetz	Ja
COVID-19-Gesetz	Ja
Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus	Ja

Kantonale Vorlagen

Initiative «Raus aus der Prämienfalle»	Nein
Initiative «Mehr Geld für Familien»	Nein
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele	Ja

Inhalt Ausgabe 1/2021

Stadtratskandidaten	1
Abstimmung vom 13. Juni 2021	2-3
Verantwortung für Winterthur	4-5
Neue Gemeindeordnung	6
Jungfreisinnige Winterthur FDP Academy	7
Terminkalender	8

Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021

von Dieter Kläy, Kantonsrat und Präsident FDP Winterthur



Nein zu den beiden Landwirtschaftsinitiativen

Zur Abstimmung stehen am 13. Juni 2021 zwei Agrarinitiativen: die Pestizidverbotsinitiative und die Trinkwasserinitiative. Anders als von den Initiativen suggeriert, sind gesunde Lebensmittel und sauberes Trinkwasser auch künftig sichergestellt. Bund und Parlament haben in diesem Bereich zielführendere Massnahmen mit Augenmass beschlossen. Weil die Initiativen in der Umsetzung zu extrem sind, sind sie abzulehnen.

Die **Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»** (Pestizidverbotsinitiative) verlangt ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Auch der Import von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll verboten werden. Diese extremen staatlichen Produktionsvorschriften führen de facto zu einem Bio-Zwang. Dadurch wird die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten massiv eingeschränkt und die Schweizer Lebensmittelindustrie gegenüber ausländischen Produzenten empfindlich benachteiligt. Dazu kommt die Verletzung von internationalen Handelsverträgen.

Die Volksinitiative **«Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»** (Trinkwasserinitiative) verlangt, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlungen erhalten, die auf Pestizide und vorbeugenden Antibiotikaeinsatz verzichten und deren Tierbestand mit selbstproduziertem Futter ernährt wird. Diese Forderung hat weitreichende negative Folgen: Unsere Wahlfreiheit, Forschung und Innovation werden eingeschränkt und eine radikale Selbstversorgungsromantik realisiert. Dadurch verfehlt die

Initiative ihr Ziel und führt unter dem Strich zu einer stärkeren Umweltbelastung. Die Delegierten der FDP Schweiz haben zweimal Nein beschlossen.

Ja zum CO₂-Gesetz

Im Zentrum des CO₂-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Individuelle Verantwortung bedeutet, dass sich jede und jeder bewusst ist, dass das eigene Handeln Konsequenzen hat, insbesondere für zukünftige Generationen. Allerdings sind die Folgen einzelner Handlungen meist nicht immer sofort ersichtlich, da keine Kostenwahrheit besteht. Deshalb wird mit dem CO₂-Gesetz die Kostenwahrheit gestärkt: wer mehr verschmutzt, zahlt mehr. Anstatt auf Verbote setzt das CO₂-Gesetz deshalb auf den Ausbau des bewährten Instrumentes der Lenkungsabgaben. Es führt die CO₂-Abgabe auf fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas weiter und ergänzt diese um eine Flugticketabgabe (Höhe abhängig u.a. von der Flugdistanz) wie auch einer Lenkungsabgabe für die Business-Airlines (Abgabe Allgemeine Luftfahrt). So bezahlt diejenige Person, die überdurchschnittlich viel CO₂ produziert, mehr als jene, die auf Effizienz und Innovation setzt. Hauseigentümer beispielsweise, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen, profitieren. Ein wichtiger Grund dafür ist die Rückvergütung eines Grossteils dieser Lenkungsabgaben an die Bevölkerung und die Unternehmen. Wenn also eine Familie entscheidet, in einem Jahr weniger oder gar nicht zu fliegen, erhält sie womöglich sogar mehr Geld zurück, als sie ausgegeben hat. Auch das setzt die richtigen Anreize. Beim Klimaschutz geht es nicht nur um einzelne nationale Massnahmen, sondern um ein globales Miteinander. Die Schweiz hat sich international mit 190 weiteren Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zu mehr Klimaschutz bekannt. Gleichzeitig kann sie sich als zukunftsgerichteter Wirtschaftsstandort für neue Märkte positionieren. Das CO₂-Gesetz ist auch Innovationstreiber und eine Chance für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Die Delegierten der FDP Schweiz haben die Ja-Parole beschlossen.

Ja zum COVID-19-Gesetz

Das Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der COVID-19-Epidemie (COVID-19-Gesetz) schafft die gesetzliche Grundlage

für verschiedene Massnahmen, welche Parlament und Bundesrat in den letzten Monaten ergriffen haben. Aufgrund eines Referendums wird über die Version des COVID-19-Gesetzes vom 25. September 2020 abgestimmt.

Wird das COVID-19-Gesetz vom Volk abgelehnt, dann tritt es nicht sofort ausser Kraft. Es bleibt bis am 25. September 2021 bestehen, da es als «dringliches Bundesgesetz» erklärt worden ist, das maximal ein Jahr gelten darf, sollte es nach einem Referendum nicht angenommen werden. Würde es abgelehnt, hätte das zur Folge, dass Härtefallgelder, Unterstützungsmassnahmen für Veranstalter und Selbstständige ebenfalls am 25. September 2021 enden würden. Die Ablehnung des Gesetzes würde eine Folge von Problemen mit sich bringen, was primär zu Lasten der von der Corona-Krise schon arg gebeutelten Unternehmen geht. Die Delegierten der FDP Schweiz haben die Ja-Parole beschlossen.

Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus

Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) erlaubt es der Polizei, präventiv einzuschreiten, wenn konkrete und aktuelle Anhaltspunkte vorliegen, dass von einer Person eine terroristische Gefahr ausgeht. Terroristische Gefährder können auf Antrag eines Kantons, des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) oder allenfalls einer Gemeinde künftig zu Gesprächen aufgeboten werden. Das Gesetz beinhaltet folgende Massnahmen: Gesprächsteilnahmepflicht, Meldepflicht, Kontaktverbot, Ausreiseverbot, Ein- und Ausgrenzung, Eingrenzung auf eine Liegenschaft und Ausschaffungshaft. Es enthält eine Reihe von Bestimmungen, um eine willkürliche und unverhältnismässige Anwendung zu verhindern: Gegen jede Massnahme kann beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde eingereicht werden. Sämtliche Massnahmen sind zeitlich befristet. Die Eingrenzung auf eine Liegenschaft muss von einem Zwangsmassnahmengericht genehmigt werden. Die Delegierten der FDP Schweiz haben die Ja-Parole beschlossen.

Kantonale Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021

von Dieter Kläy, Kantonsrat und Präsident FDP Winterthur

Nein zur Initiative (Die Mitte) «Raus aus der Prämienfalle»

Die von Der Mitte (ehemals CVP) lancierte Volksinitiative strebt die Erhöhung des Kantonsanteils zur Finanzierung der Verbilligung der Krankenkassenprämien von mindestens 80% auf mindestens 100% des mutmasslichen Bundesanteils an. Die Kantonsbeitragsquote beträgt heute schon 92%. Die Prämienverbilligung wird heute gemeinsam durch Bund und Kantone finanziert. 2021 steht dafür im Kanton Zürich fast eine Milliarde Franken zur Verfügung. Davon stammen 469 Mio. Franken vom Kanton. Die grosse Herausforderung liegt bei den Gesundheitskosten. Die Initiative adressiert weder die Problematik noch bringt sie eine gerechte Entlastung derjenigen, die darauf angewiesen wären. Die Ursachen für die Prämienexplosion im Gesundheitswesen müssen anderswo angepackt werden, zum Beispiel beim bürokratischen Aufwand, der gebremst werden muss. Ein weiterer Ansatz ist es über eine einheitliche tarifliche Finanzierung Anreize für eine effiziente Leistungserbringung zu schaffen. Die FDP Winterthur hat an ihrer Parteiversammlung die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Initiative der EDU «Mehr Geld für Familien»

Die EDU-Volksinitiative fordert eine jährliche Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen auf bis zu CHF 1500 pro Kind und argumentiert mit einer Stärkung der Familie. Die Diskussion zur Situation der Familien soll sich jedoch nicht ausschliesslich auf die Höhe der Familienzulagen beschränken, sondern ganzheitlich betrachtet und geführt werden. Die finanzielle Belastung für den Kanton als Arbeitgeber, vor allem aber auch für die Unternehmen und insbesondere die KMU wäre enorm. Dies ausgerechnet in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Aussichten bedingt durch die Corona-Krise ungewiss sind. Eine Stärkung der Familien kann nicht einzig zu Lasten der Unternehmen erfolgen. Die FDP Winterthur hat an ihrer Parteiversammlung die Nein-Parole beschlossen.

Ja zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele

Mit dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele (EG BGS) erfolgen im Kanton Zürich die Anpassungen an das neue Bundesgesetz über Geldspiele (BGS). Das BGS regelt die Zulässigkeit und Durchführung von Geldspielen und die Verwendung der Spielerträge und lässt den Kantonen nur wenig Spielraum bei der Umsetzung. Das vorliegende neue kantonale Gesetz sieht unter anderem kein ausdrückliches Verbot für Geldspielautomaten vor. Jeder Unternehmer und Gastronom soll selbst entscheiden können, ob er einen Geldspielautomaten in seinem Betrieb aufstellt. Gleichzeitig soll mit der kantonalen Umsetzung der neuen bundesrechtlichen Vorgaben sichergestellt sein, dass das Angebot an Geschicklichkeitsspielen möglichst sicher ist, die Aufsicht darüber effizient ausfällt und finanzielle Mittel für Massnahmen zur Bekämpfung von exzessivem Geldspiel zur Verfügung stehen. Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen die Annahme des Einführungsgesetzes. Die Grünen und die alternative Liste ergriffen das Kantonsratsreferendum, womit es zur Volksabstimmung kommt. Die FDP Winterthur hat an ihrer Parteiversammlung die Ja-Parole beschlossen.



**Gerüstbau auf
höchstem Niveau**

Roth Gerüste AG
Allmendstrasse 22
8413 Neftenbach
Tel. 052 209 07 20
winterthur@rothgerueste.ch
www.rothgerueste.ch

roth gerüste
wenn Schönes entsteht

Romana Heuberger und Stefan Fritschi am 13. Februar 2022 in den Stadtrat

von Severin Hosang, Geschäftsführer & Wahlkampfleiter FDP Winterthur



Die FDP Winterthur tritt mit einem starken Zweier-Team bei den Gesamterneuerungswahlen für den Winterthurer Stadtrat an. Mit Stadtrat Stefan Fritschi und Gemeinderätin Romana Heuberger bekräftigt die FDP ihren Willen, die bürgerliche Vertretung im Winterthurer Stadtrat zu stärken.

Stefan Fritschi vertritt die FDP seit 2010 im Winterthurer Stadtrat. Nach seiner Tätigkeit als Schul- und Sportvorsteher, mit welcher er den Beweis erbrachte, dass man zu vernünftigen Kosten qualitativ guten Schulraum planen und umsetzen kann, wechselte er ins Departement Technische Betriebe, wo er die von seinem Grünen Vorgänger verursachte schwierige Situation rund um Stadtwerk be-

ruhigen konnte. Mit Reorganisationen – ohne Mitarbeitende entlassen zu müssen - baute er mit seinem Team Stadtwerk zu einem effizienten Unternehmen um. Durch die Erneuerung der KVA-Verbrennungslinie wird künftig durch die zusätzliche Abwärme CO2 reduziert. Mit der Elektrifizierung von zwei Stadtbuss-Linien will Stefan Fritschi die ehrgeizigen Energie- und Klimaziele erreichen. Bei Stadtgrün baute er eine Abteilung für Biodiversität auf und entwickelte den Wildpark Bruderhaus mit neuen Tiergehegen und attraktiven Naturerlebnissen weiter. Sein nächstes Projekt wird die Stadtgartensanierung sein, wo eine ökologisch wie städtebaulich sinnvolle Lösung umgesetzt werden soll.

Mit Gemeinderätin **Romana Heuberger** tritt eine hervorragend qualifizierte, initiative Persönlichkeit zu den Stadtratswahlen 2022 an. Grosses persönliches Engagement bewies sie unter anderem mit der Rettung der Volière im Lindengutpark, von Pfadi Winterthur Handball oder für Winterthurer Kinder in Armut. Erfolgreich bekämpfte sie die Spezialgebühr für die Strassenbeleuchtung. Weit über die Parteigrenzen hinaus bekannt und geschätzt, gilt sie als analytische Macherin mit klaren Zielen und solider Dossierkenntnis. Im Gemeinderat setz-

te sie politische Akzente im Bauwesen und in der Stadtentwicklung und steht für eine nachhaltige Finanzpolitik und eine leistungsfähige Gesamtmobilität.

Winterthur muss jetzt die Weichen für die Zukunft stellen. Die jüngsten Fehlritte des linksgrünen Stadtrates, etwa in der Submissionsvergabe zum Nachteil unserer lokalen KMU, oder aber auch im misslungenen Budget, das der Gemeinderat korrigieren musste, zeigen, dass es Persönlichkeiten mit Leadership und Fachkompetenz braucht. Für Winterthur müssen jetzt die richtigen Weichen etwa in der Stadtentwicklung, in der Infrastruktur und der Digitalisierung der Verwaltung gestellt werden. Mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Krise sowie die mittelfristigen finanziellen Aussichten der Stadt verträgt es keine Fehlritte mehr und die Rahmenbedingungen müssen insbesondere für Firmen und Arbeitsplätze – zum Wohle aller Winterthurerinnen und Winterthurer – verbessert werden. Stefan Fritschi und Romana Heuberger werden sich zusammen mit den Kandidierenden für das Stadtparlament und der gesamten FDP mit Herzblut für diese Themen einsetzen, damit wir die Chance für Winterthur packen.



Foto: Ueli Wydler / zVg

Treffsicheres Ricketwiler Urgestein sagt Adieu – politerfahreneres Jungtalent folgt nach

von Urs Hofer, Gemeinderat und Fraktionspräsident FDP Winterthur



Am 19. April 2021 war es soweit: Nach einer über 8-jährigen, sehr engagierten Tätigkeit im Gemeinderat bestritt **Thomas Leemann** seine letzte Sitzung.

Sein Wirken im Gemeinderat war vielseitig: Mitglied der BSKK von 2018-2019, Mitglied Spezialkommission Finanzkontrolle im 2020, Fraktionsvertreter in der Gemeinderätlichen Gruppe Sport, Stimmenzähler und vor allem auch Präsident der Bürgerrechtskommission von 2015-2018. Alle Mitglieder der Bürgerrechtskommission waren voll des Lobes



über die ausgezeichnete Stimmung und gute Organisation in seiner Bürgerrechtskommission (die er 2018 leider auch zu Grabe tragen musste, weil die Parlamentsmehrheit Einbürgerungen fortan vollkommen an die Verwaltung abgeben wollte).

Aber nicht nur im Rat war sein Wirken vielseitig: Der erfahrene Bauführer und gutmütige Familienvater, der auch gerne immer wieder einmal eine Kochschürze anzieht oder auf kleinste Ziele aus 10, 25, 50 oder 300m Entfernung schießt, bereicherte die Arbeit der FDP Fraktion auch ausserhalb von Rats- und Kommissionsitzungen immer wieder. Mit Vehemenz rief er z.B. regelmässig in Erinnerung, dass auch Aussenwachen wie Ricketwil Teil der Grossstadt Winterthur sind. Beste Erinnerungen rufen auch die zahlreichen Fraktionsreisen hervor, welche er organisiert hat – auch wenn die letzte etwas sauer aufgestossen ist (anlässlich einer extensiven Weindegustation)...

Für Thomas Leemann rückt **Jan Fehr** in den Gemeinderat nach. Mit dem Aufruf «Wählen Sie Jung!» ist er vor nicht ganz vier Jahren zur Wahl angetreten. Mit seinen 31 Lenzen wird er tatsächlich den Altersdurchschnitt in der Fraktion senken – das jüngste Mitglied wird er jedoch nicht sein. Dieses relativ junge Alter sollte zudem nicht darüber hinwegtäuschen, dass er schon seit geraumer Zeit zu den alten Polithasen in der Winterthurer FDP zählt: Als ehemaliger Präsident der Jungfreisinnigen, Mitglied des Vorstandes und Mitglied von zahlreichen Arbeitsgruppen, Wahlkampfteams etc. kennt man ihn und seine Qualitäten bestens. An seiner ersten Sitzung steht gleich ein erster

Karrieresprung an: Denn er wird voraussichtlich von Thomas das Amt des Stimmenzählers erben.



In diesem Sinne möchte sich die FDP Fraktion bei Thomas für sein vielseitiges und engagiertes Wirken von ganzem Herzen bedanken, und zugleich Jan als Neumitglied ebenso herzlich willkommen heissen. Wechsel gehören zum Leben – dass die FDP Fraktion in jüngster Zeit gleich mehrere davon erlebt hat, ist schlicht ein Resultat einer überdurchschnittlichen Konstanz in der vorletzten Legislatur (der schreibende Fraktionspräsident blieb z.B. für eine lange Zeit das amtsjüngste Mitglied der Fraktion).

PRINTIMO. MEHR ALS NUR DRUCK.



Printimo AG

Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur
Telefon 052 262 45 85
info@printimo.ch
www.printimo.ch

Ein Unternehmen der Optimo Group

Neue Gemeindeordnung Winterthur

von Anna Rellstab, Gemeinderätin FDP/Mitglied Spezialkommission Gemeindeordnung



Am 29. März 2021 hat der Grosse Gemeinderat die neue Winterthurer Gemeindeordnung verabschiedet. Es ist die erste Totalreform der Gemeindeverfassung seit über 30 Jahren.

Die neue Gemeindeordnung kommt am 26. September zur Volksabstimmung. Sie ersetzt die bestehende Gemeindeordnung von 1989 und vollzieht die notwendigen Neuerungen, die sich aus dem Gemeindegesezt von 2018 ergeben. Zudem wurde die Gelegenheit genutzt, die Gemeindeordnung einer Totalrevision zu unterziehen.

Die Gemeindeordnung regelt primär die Organisation und die Zuständigkeiten der Behörden und legt die Grundzüge des Finanzhaushalts fest. Im Grunde ist es aber nichts weniger als die Verfassung der Stadt Winterthur.

Wesentliche Änderungen neben dem Kreditrecht und der Neuorganisation der Schulbehörden ergeben sich in folgenden Punkten:

- Der Grosse Gemeinderat wird in Zukunft unmissverständlich Stadtparlament heissen.
- Verschärft wurden die Unvereinbarkeitsbestimmungen der Stadträtinnen und

Stadträte. In Zukunft sind Mandate im Kantons- oder Nationalrat nicht mehr mit dem Amt vereinbar.

- Zwei eigenständige Kommissionen handeln anstelle des Stadtrates: Die Schulpflege und die Sozialhilfebehörde.
- Drei unterstellte Kommissionen stehen unter der Aufsicht des Stadtrates: Die Kommission Berufsvorbereitung, die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) und die Baukommission.
- Die politische Mitwirkung von Jugendlichen wird durch das neue Instrument des Jugendvorstosses ermöglicht.
- Ausländerinnen und Ausländern steht das entsprechende Instrument ebenfalls zur Verfügung.

Bei den Finanzbestimmungen wurde schon nach der Vernehmlassung den meisten Bedenken der FDP Winterthur Rechnung getragen. Positiv zu bewerten ist, dass der mittelfristige Ausgleich weiterhin auf Stufe Gemeindeordnung geregelt wird. Auch die Ausgabenbremse steht nun mit ihren Grenzwerten in einem sinnvollen Verhältnis zu den anderen Betragsgrenzen.

Neu wird Stadtrat und Schulpflege eine limitierte Ausgabenkompetenz eingeräumt. Diese ersetzen die Kompetenzkredite des Stadtrates und die konstitutiven Budgetbeschlüsse des Parlaments.

Die Schulbehörden werden grundlegend neu organisiert. An die Stelle der Kreisschulpräsidenten treten Leitungen Bildung. Die Organisation erfährt so eine Professionalisierung mit einer

klaren Führungslinie.

Die Kreisschulbehörden werden aufgelöst. Das revidierte Volksschulgesetz macht viele der heutigen Aufgaben der Schulpflegerinnen und Schulpfleger obsolet. Die Schulpflege wird in Zukunft aus sieben Mitgliedern bestehen, wobei das Präsidium durch den Schulstadtrat gestellt wird. Für weitere schulelevante Bereiche hätten wir uns noch tiefgreifendere Reformen erhofft. Hier sehen wir auch künftig Handlungsbedarf für griffige Massnahmen, damit insbesondere die Ressourcen im Sonderschulbereich wirkungsvoll eingesetzt werden. Die Abschaffung der Kreisschulbehörden bedeutet eine grundlegende Änderung. Sie ist aus Sicht der FDP Winterthur aber ehrlich und sinnvoll. Sie trägt den heutigen Realitäten Rechnung.

Insgesamt befürwortet die FDP Winterthur die neue Gemeindeordnung, auch wenn ein paar Wermutstropfen dazugehören. Die Vorteile der Vorlage überwiegen aber deutlich. Die FDP Winterthur hat darum grossmehrheitlich die JA-Parole beschlossen.

Volksabstimmung vom 26. September 2021

Kommunale Vorlage

Neue Gemeindeordnung Ja

IN DEN BESTEN HÄNDEN FÜR FAHRFREUDE.

HUTTER DYNAMICS AG WINTERTHUR.

Hutter Dynamics AG

Hegmattenstrasse 3

8404 Winterthur

Tel. 052 244 77 77

www.hutter-dynamics.ch



Hutter Dynamics AG

hutter-dynamics.ch



Freude am Fahren

Es braucht wieder mehr Eigenverantwortung

von Elektra Langerweger, Vize-Präsidentin Jungfreisinnige Winterthur, Co-Präsidentin FDP-Frauen Winterthur



Pünktlich zum Beginn des Frühlings werden die Corona-Massnahmen gelockert. Diese neuen Freiheiten wollen alle geniessen und es zieht die Bevölkerung wieder in die Restaurants und Parks, in der Stadt wird gefeiert. Leider haben die Lockerungen auch eine Kehrseite: Die Parks und die Steinberggasse waren nach dem Wochenende übersät mit Müll. Man hat sich dort getroffen, um zu feiern, aber den Abfall beseitigen können andere. Dabei wäre dies ja nun

wirklich kein grosser Aufwand, stehen doch in der Stadt Winterthur 1'000 Abfalleimer bereit. Diese Entwicklungen zeigen, dass doch einige Mitmenschen die Verantwortung einfach auf andere, respektive den Staat, überwälzen, anstatt selber zu handeln. Speziell mutet auch an, dass sich in der Steinberggasse ein tendenziell linkes Publikum aufhält, welches sich für einen sauberen Planeten einsetzt – weniger Müll und Plastik: Gilt denn das nur für die Weltmeere, aber nicht für die Umwelt zuhause? Und: All der Convenience Food mit seiner Verpackung verursacht ja auch kein zusätzliches CO₂, oder? Doch nicht nur beim Thema Abfall wollen immer weniger Menschen Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen – ehrenamtliches Engagement in Vereinen nimmt ab. Dies ist äusserst schade, hat die Milizarbeit in der Schweiz doch eine lange Tradition. Gleichzeitig fordert die Gesellschaft von den Unternehmen immer mehr Verantwortung. Jüngst zeigte sich dies in der mehrheitlichen Befürwortung der

Konzernverantwortungsinitiative, welche dann glücklicherweise am Ständemehr scheiterte. Auch vom Staat wird gefordert, dass er immer mehr Bereiche reguliert und die Verantwortung dafür übernimmt.

Diese Entwicklungen sind bedrohlich für die Schweiz, wie wir sie heute kennen. Die fehlende Milizarbeit muss vom Staat ersetzt werden. Der Staat und vor allem auch die Allgemeinheit müssen in die Bresche springen und, wie am Beispiel oben dargestellt, die Berge von Abfall vom Boden aufräumen respektive deren Entsorgung zahlen. So werden Ressourcen verschwendet, wodurch die Steuern steigen. Für Investitionen, die wirklich wichtig sind, fehlt dann am Ende das Geld.

Diese Entwicklung muss gestoppt werden und es braucht wieder mehr Eigenverantwortung! Unsere Partei hat diese bereits verinnerlicht, doch wann werden dies auch politisch Andersdenkende begreifen?

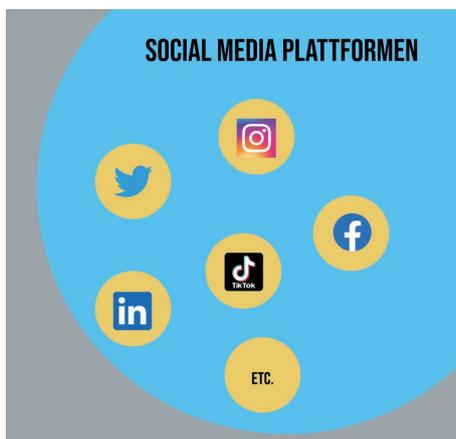
Erste Durchführung der „FDP Academy“ zum Thema Social Media & Personal Branding

von Severin Hosang, Geschäftsführer FDP Winterthur

Das von der FDP Winterthur neu ins Leben gerufene Angebot der «FDP-Academy» hat die Befähigung der Mitglieder und befreundeten Netzwerke zum Ziel. Damit die Teilnahme niederschwellig, kurzfristig und ohne Zusatzaufwand möglich ist, bieten wir die Sessions digital an, in 45 Minuten am Vorabend (18.30 Uhr) und auf das Wesentliche reduziert. So möchten wir Wissen von inner- und ausserhalb der Partei vermitteln, Lösungen durch Vernetzung finden und so einen Mehrwert schaffen, der Ihnen politisch, beruflich und privat von Nutzen sein kann.

Die erste Durchführung 2021 ist den Themen Social Media und Personal Branding gewidmet. Im Rahmen von zwei Einführungs-Sessions erhielten die Teilnehmenden eine Einführung in die Welt der sozialen Medien (Jan Fehr, Leiter Marketing) sowie einen Einstieg ins «Personal Branding» (Roger Basler, Digital Branding Experte). Alle vergangenen und künftigen Sessions werden aufgezeichnet und stehen allen Interessierten jederzeit zum (Wieder-)abrufen zur Verfügung. Im Rahmen von Vertiefungen werden wir im Juni die einzelnen Social Media-Plattformen detailliert anschauen und das jeweilige Nutzerverhalten, Anwendungsmöglichkeiten und Tipps unserer Expertinnen und Experten diskutieren. Das Angebot richtet sich

an alle Mitglieder der FDP/Jungfreisinnigen und darf gerne innerhalb Ihrer befreundeten Netzwerke geteilt werden. Anmeldungen für die Interessenten-Liste (Interessenten werden laufend mit den jeweiligen Einladungen und Links bedient) sind an Severin Hosang via info@fdp-winterthur.ch zu richten.



Mit der ersten Durchführung möchten wir insbesondere auch aus den Erfahrungen für künftige Durchführungen lernen. Haben Sie eine inhaltliche Idee oder können Sie selber einmal als Expertin oder Experte fungieren? Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme, Ihr Input ist jederzeit herzlich willkommen.

An dieser Stelle sei den beiden Initiatoren der FDP-Academy, **Jan Fehr** (Leiter Marketing/Vorstand FDP Winterthur) sowie **Raphael Tobler** (CEO und Gründer) herzlich für Ihr Engagement gedankt, ebenso allen Beteiligten Expertinnen und Experten der einzelnen Sessions.

Wir freuen uns über Ihr Interesse und stehen bei Fragen selbstverständlich gerne und jederzeit zur Verfügung!

Vertiefungs-Sessions im Juni 2021:

Facebook / Instagram:

Dienstag, 1. Juni, 18.30 Uhr
via Zoom

Twitter:

8./10. Juni, 18.30 Uhr
via Zoom
Datum wird noch bestätigt.

LinkedIn:

Dienstag, 15. Juni, 18.30 Uhr
via Zoom

TikTok:

Donnerstag, 24. Juni, 18.30 Uhr
via Zoom

Terminkalender

Datum	Zeit	Organisation	Anlass	Zusatzinformation
21.05.2021	18.30 Uhr	JFW	Mitgliederversammlung und Generalversammlung	
01.06.2021	18.30 Uhr	FDP Winterthur	FDP Academy: Vertiefungs-Session Facebook/Instagram	Via Zoom
08./10.06.21	18.30 Uhr	FDP Winterthur	FDP Academy: Vertiefungs-Session Twitter	Via Zoom (Datum wird noch bestätigt)
15.06.2021	18.30 Uhr	FDP Winterthur	FDP Academy: Vertiefungs-Session LinkedIn	Via Zoom
22.06.2021	18.00 Uhr	FDP Frauen	Generalversammlung FDP Frauen	
24.06.2021	18.30 Uhr	FDP Winterthur	FDP Academy: Vertiefungs-Session TikTok	Via Zoom
06.07.2021	18.00 Uhr	FDP Winterthur	a.o. Parteiversammlung und Generalversammlung	
01.09.2021	19.30 Uhr	FDP Winterthur	Parteiversammlung	
05.10.2021		FDP Frauen	Herbstanlass	
19.10.2021	19.30 Uhr	FDP Winterthur	Parteiversammlung	
20.11.2021		FDP Frauen	Weihnachtsanlass	
25.11.2021	18.30 Uhr	JFW	Stamm JFW „Ein Bier mit... Marcel Pawlicek“ (CEO Burckhardt Compression)	

WIR SIND NEUTRAL KLIMA-NEUTRAL

ROHNER SPILLER
DRUCKEN MIT FORMAT

ROHNER SPILLER AG
TECHNIKUMSTRASSE 74
8400 WINTERTHUR



Rohner Spiller – die erste komplett
klimaneutrale Digitaldruckerei in
der Region Winterthur.

Alle Termine immer aktuell unter: www.fdp-winterthur.ch

Impressum:

Redaktion: Dieter Kläy und Severin Hosang

Layout: Patrick Brunner

FDP Winterthur, Neumarkt 15, 8400 Winterthur

Tel. 052 212 84 43, info@fdp-winterthur.ch, PC Konto 84-1190-2